

N I E D E R S C H R I F T

über die 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim

Tag: 30.08.2013

Dauer: 19:40 Uhr bis 20:50 Uhr

Ort: Volkshalle im Stadtteil Watzenborn-Steinberg

Anwesend:

Von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher Jakob Ernst Kandel

STV Gabriel Agirman

STV Peter Alexander

STV Jutta Boos

STV Sonya Can

STV Lorenz Diehl

STV Ulrich Engel

STV Bernd Felde

STV Klaus-Dieter Gimbel

STV Wilken Gräf

STV Eckart Hafemann

STV Hans Happel

STV Theresa Hollerith

STV Dr. Ernst-Ulrich Huster

STV Markus Hutzfeld

STV Wolfgang Kroll

STV Reiner Leidich

STV Hartmut Lutz

STV Bodo Marsteller

STV Tobias Maschmann

STV Ralf Ohnmacht

STV Karl-Rainer Philipp

STV Ulrich Sann

STV Falk Jean Schardt

STV Udo Schöffmann

STV Andreas Schuch

STV Klaus Sommer

STV Horst-Erich Stumpf

STV Dominic Tamme

STV Michael Wagner

Vom Magistrat

Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer
Erste Stadträtin Anja Sames-Postel
Stadtrat Matthias Jung
Stadträtin Kristiane Neuhoff
Stadtrat Nohman Nohman
Stadtrat Reinhard Peter
Stadtrat Arno Schäfer
Stadtrat Tobias Slenczek
Stadtrat Reimar Stenzel

Schriftführer(in)

AM Carsten Nowak

Entschuldigt:

Von der Stadtverordnetenversammlung

STV Horst Biadala
STV Michael Lemcke
STV Anja Schäfer
STV Fabian Schäfer
STV Horst Schlesinger
STV Ewald Seidler
STV Matthias von Marcard

Vom Magistrat

Stadtrat Dr. Michael Mautner
Stadträtin Sabine Scheele-Brenne

TAGESORDNUNG:

- | | | |
|-------|---|-------------------|
| TOP 1 | Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Feststellung der Niederschrift vom 28. Juni 2013 | |
| TOP 3 | 1. Änderungsplan zum Bebauungsplan Nr. 7a "Die Hohlgärten" mit gleichzeitiger 32. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Stadtteil Grüningen;
1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zu den Entwurfsplänen
2. Feststellungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 6 BauGB
3. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
4. Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO | BSU-203/2011-2016 |
| TOP 4 | Bebauungsplan Nr. 43 "Friedhof" im Stadtteil Watzenborn-Steinberg;
1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan | BSU-204/2011-2016 |

- 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 3. Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO

TOP 5	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 4. April 2013 betr. Friedhofsgestaltung " Watzenborn-Steinberg"	A-187/2011-2016
TOP 6	Aufhebung eines Sperrvermerks	STV-202/2011-2016
TOP 7	Bericht zum Haushaltsvollzug Stand: 30.06.2013	STV-209/2011-2016
TOP 8	Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juli 2013 zu möglichen Zinseinsparungen durch Schuldentilgungen	A-200/2011-2016
TOP 9	Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juli 2013 zur Verbesserung des ÖPNV in den südlichen Stadtteilen	A-201/2011-2016
TOP 10	Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.08.2013 betr. Erweiterung der "Gebührensatzung der Stadt Pohlheim über die Benutzung der Kindergärten"	A-206/2011-2016
TOP 11	Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW, eingegangen am 21.08.2013, betr. Einrichtung von Betreuungsangeboten für Randzeiten in den Kindergärten der Stadt	A-207/2011-2016
TOP 12	Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 betr. Umsetzung des Berichts zur altersübergreifenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen	A-208/2011-2016
TOP 13	Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 betr. engere Bindung zwischen Stadt und Tagespflegepersonen	A-210/2011-2016
TOP 14	Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 betr. Öffnung der Einbahnstraßen für Fahrräder in der Gegenrichtung	A-211/2011-2016
TOP 15	Mitteilungen	
TOP 15.1	Mitteilung 1	
TOP 15.2	Mitteilung 2	
TOP 15.3	Mitteilung 3	
TOP 15.4	Mitteilung 4	
TOP 15.5	Mitteilung 5	
TOP 15.6	Mitteilung 6	

- TOP 16 Anfragen
- TOP 16.1 Anfrage 1
- TOP 16.2 Anfrage 2
- TOP 16.3 Anfrage 3
- TOP 16.4 Anfrage 4
- TOP 16.5 Anfrage 5
- TOP 16.6 Anfrage 6

TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Kandel eröffnet die Sitzung und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Stadtverordneten, die Magistratsmitglieder, die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Er nimmt die Gelegenheit wahr und gratuliert den Stadtverordneten Wolfgang Kroll, Eckard Hafemann, Reiner Leidich, Horst-Erich-Stumpf, Gabriel Agirman, Ralf Ohnmacht und Klaus Sommer sowie Bürgermeister Schäfer nachträglich zum Geburtstag.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel teilt mit, dass im Ältestenrat Einvernehmen bestanden habe, TOP 11 vor TOP 10 zu behandeln.

TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 28. Juni 2013

Auf die Frage des Stadtverordnetenvorstehers Kandel, ob gegen die Niederschrift vom 28. Juni 2013 Einwände bestünden, meldet sich StV Leidich zu Wort und teilt mit, dass er mit der Protokollierung des TOP 9.5 nicht einverstanden sei. Hier sei die Auskunftserteilung durch den Bürgermeister zu der Anfrage betr. Baugebiet „Langwiese“ als erschöpfend bezeichnet worden. Dieses war seiner Ansicht nach nicht der Fall, da nicht alle Fragen beantwortet worden seien.

Nach Gegenrede des Bürgermeisters und weiteren Wortbeiträgen stellt StV Philipp den Antrag, das Wort „erschöpfend“ in der Niederschrift zu streichen.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über den Antrag wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen
29 Ja-Stimmen (12 CDU, 11 SPD, 4 Grüne, 2 FW)
1 Enthaltung (1 FW)

Anschließend lässt Stadtverordnetenvorsteher Kandel über die Feststellung der gesamten Niederschrift in der geänderten Fassung wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen
19 Ja-Stimmen (1 CDU, 11 SPD, 4 Grüne, 3 FW)
10 Enthaltungen (10 CDU)
1 Nein-Stimme (1 CDU)

- TOP 3**
- 1. Änderungsplan zum Bebauungsplan Nr. 7a "Die Hohlgärten" mit gleichzeitiger 32. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Stadtteil Grüningen;**
 - 1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zu den Entwurfsplänen**
 - 2. Feststellungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 6 BauGB**
 - 3. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**
 - 4. Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO**
- Vorlage: BSU-203/2011-2016**

StV Wagner berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, über die Anregungen und Hinweise zu den Entwurfsplänen gemäß der als Anlage 1 Beigefügten, auf der rechten Seite markierten Beschlussempfehlungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

2. Feststellungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 6 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den 32. Änderungsplan zum Flächennutzungsplan (bestehend aus einer Planzeichnung und Begründung), gemäß § 6 Abs. 6 BauGB als 32. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Die Hohlgärten“, 1. Änderung im Stadtteil Grüningen festzustellen. Die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes ist dem Regierungspräsidium Gießen zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den unter Beachtung der zu 1. gefassten Beschlüsse, überarbeiteten 1. Änderungsplan zum Bebauungsplan Nr. 7a „Die Hohlgärten“ im Stadtteil Grüningen (bestehend aus einer Planzeichnung und textlichen Festsetzungen), gem. § 10 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 51 Ziffer 6 der HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.11.2011 (GVBl. I S. 786) mit Begründung als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

4. Satzungsbeschluss gem. § 81 HBO

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 9 Abs. 4 des BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 5 der HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I. S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) und § 81 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 5 der HBO in der Fassung vom 15.01.2011 (GVBl. I S. 46, 180) die in dem Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

- TOP 4 Bebauungsplan Nr. 43 "Friedhof" im Stadtteil Watzenborn-Steinberg;**
1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
3. Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO
Vorlage: BSU-204/2011-2016

StV Wagner berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan gemäß der als Anlage 2 beigefügten, auf der rechten Seite markierten Beschlussempfehlungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

2. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den unter Beachtung der zu 1. gefassten Beschlüsse, überarbeiteten Bebauungsplan Nr. 43 „Friedhof“ im Stadtteil Watzenborn-Steinberg (bestehend aus einer Planzeichnung und textlichen Festsetzungen), gem. § 10 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 51 Ziffer 6 der HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.11.2011 (GVBl. I S. 786) mit Begründung als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

3. Satzungsbeschluss gem. § 81 HBO

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 9 Abs. 4 des BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 5 der HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I. S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) und § 81 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 5 der HBO in der Fassung vom 15.01.2011 (GVBl. I S. 46,

180) die in dem Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

TOP 5 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 4. April 2013 betr. Friedhofsgestaltung " Watzenborn-Steinberg"
Vorlage: A-187/2011-2016

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vom 04. April 2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, für den gesamten Friedhof in Watzenborn-Steinberg eine Gestaltungsplanung zu erstellen und durch die Stadtverordnetenversammlung – nach vorheriger Beratung in den Ausschüssen – beschließen zu lassen.“

StV Wagner berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über den Antrag wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (12 CDU)
18 Nein-Stimmen (11 SPD, 4 Grüne, 3 FW)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

TOP 6 Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: STV-202/2011-2016

StV Alexander berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Sperrvermerk für die vorgesehene Ersatzbeschaffung einer Frankiermaschine bei der Investition I 010004-07 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

TOP 7 Bericht zum Haushaltsvollzug Stand: 30.06.2013
Vorlage: STV-209/2011-2016

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 02.03.2012 wie folgt beschlossen:

„Der Stadtverordnetenversammlung ist jeweils in ihrer ersten Sitzung nach Quartalsende über den Stand des Haushaltsvollzugs bzgl. des Teilergebnishaushalts zu berichten. Dem Bericht ist eine schriftliche Übersicht über die bis zum Berichtstag gebuchten tatsächlichen

Ist-Zahlen über den Gesamtergebnishaushalt beizufügen. Außerdem ist der jeweilige Finanzmittelbestand mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen“*

Bürgermeister Schäfer berichtet über das Zahlenwerk, das im Intranet abrufbar sei.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juli 2013 zu möglichen Zinseinsparungen durch Schuldentilgungen
Vorlage: A-200/2011-2016**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juli 2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, sich die Höhe der Vorfälligkeitsentschädigungen für nachfolgende Darlehen schriftlich bestätigen zu lassen. Die Abfrage sollte für den Fall einer vorzeitigen Kündigung und Tilgung zum 31.12.2013 für die nachfolgenden Darlehen erfolgen:
 - a) DG Hyp Hamburg Nr. 30216300300; Restschuld 31.12.2013 = 426 T€
 - b) Helaba Nr. 800005140; Nr. 804852059; Nr. 804852061 und Nr. 804852062; Restschuldsaldo zum 31.12.2013 = gesamt 865 T€
 - c) KfW Nr. 1236069; Nr. 1714662; Restschuld zum 31.12.2013 = gesamt 532 T€
2. Das Ergebnis der Abfrage ist dem HFA vorzulegen. Dieses Gremium hat der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung darüber zugeben, ob Sondertilgungen erfolgen sollen.“

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über folgenden geänderten Wortlaut gemäß des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird gebeten die Höhe der Vorfälligkeitsentschädigung für nachfolgende Darlehen zu überprüfen. Diese Überprüfung sollte für den Fall einer vorzeitigen Kündigung und Tilgung zum Abfragezeitpunkt für die nachfolgenden Darlehen erfolgen.
 - a) DG Hyp Hamburg Nr. 30216300300; Restschuld 31.12.2013 = 426 T€
 - b) Helaba Nr. 800005140; Nr. 804852059; Nr. 804852061 und Nr. 804852062; Restschuldsaldo zum 31.12.2013 = gesamt 865 T€
 - c) KfW Nr. 1236069; Nr. 1714662; Restschuld zum 31.12.2013 = gesamt 532 T€
2. Das Ergebnis der Überprüfung ist dem HFA vorzulegen. Dieses Gremium berät sodann und kann der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung abgeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

TOP 9 Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juli 2013 zur Verbesserung des ÖPNV in den südlichen Stadtteilen
Vorlage: A-201/2011-2016

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juli 2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung wünscht konkrete Planungen zur Verbesserung des ÖPNV für die südlichen Stadtteile in Kooperation mit der VGO (Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH) und dem ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe).
2. Dabei soll insbesondere ein ALT-Angebot (Anruf-Linien-Taxi-Angebot) zur besseren Vernetzung mit anderen Linien erstellt und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.
3. Damit konkrete Planungen erfolgen können, erteilt die Stadt die Zusage jährliche Kosten bis zu 10.000 € für eine Verbesserung des ÖPNV zu tragen und im Haushalt bereit zu stellen.

StV Diehl begründet den Antrag.

Seitens der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird ein Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die vorliegende Auswertung der Bürgerbefragung zum ÖPNV ist von den betroffenen Ortsbeiräten zu beraten und die Ortsbeiräte sind in die weitere Planung mit der VGO miteinzubeziehen.
2. Folgende Verbesserungen sind in einer Planung zu prüfen:
 - ALT-Angebote von Dorf-Güll nach Garbenteich an alle Verbindungen der Linien 372/375 Gießen-Lich
 - Anbindung der betroffenen Ortsteile an den BHF Langgöns zu Verbesserung der Situation von Pendlern (Bspw. Durch ALT-Verkehre Garbenteich – Dorf-Güll – Holzheim – Grüningen – Langgöns) – Damit eine derartige Verbindung zügig fahren kann, ist ggf. nur ein Haltepunkt pro Stadtteil vorzusehen.“
 -
3. Damit konkrete Planungen erfolgen können, erteilt die Stadt die Zusage jährliche Kosten bis zu 10.000 € für eine Verbesserung des ÖPNV zu tragen und im Haushalt bereit zu stellen.

StV Hafemann begründet den Antrag.

Beide Anträge werden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

TOP 10 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.08.2013 betr. Erweiterung der "Gebührensatzung der Stadt Pohlheim über die Benutzung der Kindergärten" Vorlage: A-206/2011-2016

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.08.2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erweiterung der „Gebührensatzung der Stadt Pohlheim über die Benutzung der Kindergärten“; Festlegung von Gebühren für Randzeiten

Die §§ 2 und 2a werden wie folgt erweitert:

§ 2 Gebühren

1. Die Gebühr für Kinder ab drei Jahren beträgt
 - a. für die Benutzung nur vormittags 119,00 €/Monat
 - b. für die Benutzung von 7:15 Uhr bis 14:00 Uhr 141,00 €/Monat
 - c. für die Benutzung vor- und nachmittags 178,00 €/Monat
 - d. für die Benutzung ganztags 206,00 €/Monat
 - e. für die zusätzliche Betreuung von 6:00 Uhr bis 7:15 Uhr 44,00 €/Monat
 - f. für die zusätzliche Betreuung von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr 70,00 €/Monat
2. Die Gebühr für Kinder unter drei Jahren beträgt 100% der Gebühr gemäß Satz 1.
3. Das Verpflegungsgeld wird kostendeckend erhoben.
4. Die Gebühr für eine zugekaufte Betreuungsstunde (Zukaufstunde § 1 Abs. 1a und b der Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Stadt Pohlheim) beträgt 3,00 Euro.

§ 2 a Gebührenermäßigung

Eltern zahlen bei entsprechendem Einkommen auf Antrag eine ermäßigte Gebühr wie folgt:

Bei einem maßgeblichen Jahreseinkommen bis	Ziffer 1 a Nur vormittags	Ziffer 1 b 7:15 – 14:00 Uhr	Ziffer 1 c vor- und nachmittags	Ziffer 1 d ganztags	Ziffer 1 e 6:00 – 7:15 Uhr	Ziffer 1 f 16:00 – 18:00 Uhr
60 000 €	111,00 €	133,00 €	165,00 €	190,00 €	42,00 €	66,00 €
50 000 €	105,00 €	126,00 €	157,00 €	181,00 €	40,00 €	62,00 €
40 000 €	100,00 €	120,00 €	150,00 €	172,00 €	37,00 €	58,00 €
30 000 €	96,00 €	114,00 €	143,00 €	164,00 €	35,00 €	55,00 €
20 000 €	93,00 €	110,00 €	138,00 €	158,00 €	33,00 €	52,00 €

Nach Antragsbegründung durch StV Philipp wird der Antrag in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport sowie in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

TOP 11 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW, eingegangen am 21.08.2013, betr. Einrichtung von Betreuungsangeboten für Randzeiten

in den Kindergärten der Stadt
Vorlage: A-207/2011-2016

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 21.08.2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Einrichtung von Betreuungsangeboten für Randzeiten in den Kindergärten der Stadt

Der Magistrat der Stadt Pohlheim wird beauftragt die Voraussetzungen für ein Betreuungsangebot für die Zeit zwischen 6:00 Uhr und 18:00 Uhr in der Kindertagesstätte Dorf-Güll zu schaffen. Entsprechend dieser Ausdehnung des Angebots wird er beauftragt, längere Arbeitszeiten der Fachkräfte zu vereinbaren sowie ggf. zusätzliche Fachkräfte einzustellen. Das Angebot soll zum Jahreswechsel verfügbar sein. Es ist entsprechend im Haushalt für 2014 abzubilden.“

StV Philipp begründet den Antrag.

Seitens der CDU-Fraktion wird ein Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Einrichtung von Betreuungsangeboten für Randzeiten in den Kindergärten der Stadt

Der Magistrat der Stadt Pohlheim wird beauftragt die Voraussetzungen für ein Betreuungsangebot für die Zeit zwischen 6:00 Uhr und 18:00 Uhr in der Kindertagesstätte Dorf-Güll **und in einer der nördlichen Stadtteile** zu schaffen. Entsprechend dieser Ausdehnung des Angebots wird er beauftragt, längere Arbeitszeiten der Fachkräfte zu vereinbaren sowie ggf. zusätzliche Fachkräfte einzustellen. Das Angebot soll zum Jahreswechsel verfügbar sein. Es ist entsprechend im Haushalt für 2014 abzubilden.“

Nach Antragsbegründung durch StV Schöffmann werden die Anträge zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport verwiesen.

TOP 12 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 betr. Umsetzung des Berichts zur altersübergreifenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: A-208/2011-2016

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt in Ausführung des Berichtes (STV-DS-Nr. 11/095) zum Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Februar 2012 nunmehr umgehend die im Bericht erkennbaren Schritte, insbesondere die Umsetzung eines Konzepts präventiv wirkender aufsuchende Jugendarbeit in den Stadtteilen in Angriff zu nehmen. Im Einzelnen soll erreicht werden:

1. Es ist ein Träger, der über langjährige Erfahrung bei der aufsuchenden Jugendarbeit verfügt, zu finden, mit dessen Hilfe ein Konzept für die Stadt Pohlheim entwickelt wird.

Dazu soll der dazugehörige Haushaltsausgaberest 2012 sowie der Haushaltsansatz für das laufende Jahr genutzt werden. Dieser Träger soll eine konkrete Person abstellen, die vor Ort durch praktische aufsuchende Jugendarbeit konkrete Problembe-
reiche erkundet und Konzepte zu deren Bearbeitung versucht zu erproben.

2. Die Arbeit soll vor allem präventiv ausgerichtet sein, dabei den unterschiedlichen Ju-
gendgruppen, auch in ihrer ethnischen Vielfalt, Rechnung tragen.
3. Der Träger soll weiterhin Konzepte zu altersübergreifenden Angeboten und Betreu-
ungsformen auf Basis der Ergebnisse des o. a. Berichts konzipieren.
4. Der Träger beziehungsweise dessen handelnde Person vor Ort soll dem SKS spätes-
tens nach sechs Monaten einen ersten Zwischenbericht vorlegen und erste Vor-
schläge für die weitere Jugendarbeit vorlegen.

Nach Antragsbegründung durch StV Dr. Huster Wird der Antrag zur weiteren Beratung in
den Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport verwiesen.

**TOP 13 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 betr.
engere Bindung zwischen Stadt und Tagespflegepersonen
Vorlage: A-210/2011-2016**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD
und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Pohlheim wird beauftragt, die in anderen hessischen Kommunen
entwickelten Modelle zu einer engeren Bindungen zwischen Tagespflege und Kommune
darauf zu prüfen, inwieweit sie auf die Stadt Pohlheim übertragbar sind.
Ein Ergebnisbericht dazu ist im Ausschuss SKS umgehend vorzutragen.

Nach Antragsbegründung durch StV Hafemann wird der Antrag zur weiteren Beratung in den
Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport verwiesen.

**TOP 14 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 betr.
Öffnung der Einbahnstraßen für Fahrräder in der Gegenrichtung
Vorlage: A-211/2011-2016**

Der Stadtverordnetenversammlung folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und
Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim beschließt:

Der Bürgermeister als Ordnungsbehörde wird gebeten, zu prüfen, wo die Beschilderung in
Einbahnstraßen dergestalt geändert werden kann, um eine Benutzung entgegen der allge-
meinen Fahrtrichtung durch Fahrräder zu ermöglichen. Dies gilt auch für Straßen, bei denen
die Durchfahrt für Fahrzeuge aller Art verboten ist (Zeichen 250).
Ausnahmefälle sind im BSU und schriftlich zu begründen.

Nach Antragsbegründung durch StV Kroll wird der Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.“

TOP 15 Mitteilungen

TOP 15.1 Mitteilung 1

Stadtverordnetenvorsteher Kandel nimmt die Gelegenheit wahr und begrüßt StV Lorenz Diehl in den Reihen der Stadtverordneten und wünscht gute Zusammenarbeit.

TOP 15.2 Mitteilung 2

Stadtverordnetenvorsteher Kandel teilt mit, dass die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2013 in der Volkshalle Watzenborn-Steinberg stattfindet.

TOP 15.3 Mitteilung 3

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass die Eröffnung der 41. Kunstausstellung am Dienstag, 17. September 2013, 19:00 Uhr im Foyer des Rathauses stattfindet und lädt zum Besuch herzlich ein.

TOP 15.4 Mitteilung 4

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.03.2013 betreffs interkommunale Zusammenarbeit in der Bauverwaltung und teilt mit, dass die Gemeinden Fernwald, Langgöns, Hüttenberg sowie die Städte Linden und Lich hinsichtlich einer denkbaren Zusammenarbeit im Bereich der Bauverwaltung befragt worden seien. Alle befragten Kommunen verneinten einen Bedarf, so dass der Antrag Erledigung erfahren habe .

TOP 15.5 Mitteilung 5

Bürgermeister Schäfer informiert, dass mit dem Energieversorger OVAG ein neuer Lichtlieferungsvertrag abgeschlossen worden sei, mit dem die Umstellung auf LED-Beleuchtung einhergehe.

TOP 15.6 Mitteilung 6

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.07.2013 und berichtet über den Sachstand folgender investiven Maßnahmen: Austausch von Spielgeräten, Breitbandverkabelung, Radweg Garbenteich/Lich, Erschließungsaufwand Oberweg, Erschließungsaufwand Hausen-Ost und grundlegender Ausbau der Wirtschaftswege.

TOP 16 Anfragen

TOP 16.1 Anfrage 1

Auf die Frage des StV Leidich über den Zeitpunkt der Vorlage der Eröffnungsbilanz der Stadt Pohlheim erteilt Bürgermeister Schäfer einen Sachstandsbericht.

TOP 16.2 Anfrage 2

StV Dr. Huster weist auf die starke Verschmutzung der Gehwege und öffentlichen Grünanlagen durch Hundekot hin, sieht als Grund die Verringerung der Anzahl der installierten Abfallbehälter und fragt, ob diese wieder angebracht würden.

Bürgermeister Schäfer sagt Beantwortung zu.

TOP 16.3 Anfrage 3

Stadtverordneter Hafemann stellt namens der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW folgende Fragen und bittet um schriftliche Beantwortung:

1. Über welche Fahrzeuge (Pkw, Lieferwagen) verfügt der Fuhrpark/Bauhof der Stadt Pohlheim?
2. Welche dieser Fahrzeuge sind Eigentum der Stadt und welche geleast?
Bei eigenen Fahrzeugen: Tag der Erstzulassung/Jahr
3. Wie hoch ist die durchschnittliche monatliche Fahrleistung je Fahrzeug?
4. Wie hoch ist die maximale Fahrleistung an einem Tag?

Bürgermeister Schäfer sagt Beantwortung zu.

TOP 16.4 Anfrage 4

StV Philipp nimmt Bezug auf die seit 1. August 2013 geltende Betreuungsgarantie für Kinder bis drei Jahren und einem hierzu erfolgten Pressebericht, wonach im Landkreis Gießen wegen Nichterfüllung Klagen anhängig seien. Er fragt, ob die Stadt Pohlheim davon betroffen sei.

Bürgermeister Schäfer verneint die Frage und führt aus, dass eine Klage beim Verwaltungsgericht Gießen anhängig sei, dieses aber keine Kommune des Landkreises Gießen betreffe.

TOP 16.5 Anfrage 5

StV Schöffmann nimmt Bezug auf die Mitteilung des Bürgermeisters bzgl. der Umstellung auf LED-Beleuchtung in den südlichen Stadtteilen und stellt zu dem Sachstand der Umstellung in den nördlichen Stadtteilen folgende Fragen:

- Frage 1: Ist das Budget für die Umstellung auf LED-Beleuchtung in den nördlichen Stadtteilen ausgeschöpft?

Frage 2: Werden weitere Umstellungen vorgenommen?

Frage 3: Wie hoch ist der prozentuale Anteil der bereits umgerüsteten Beleuchtungen?

Frage 4: Wie hoch werden die weiteren Investitionen sein, um eine komplette Umstellung zu erreichen?

Bürgermeister Schäfer führt aus, dass die vorhandenen Haushaltsmittel für die Umstellung der nördlichen Stadtteilen in diesem Jahr bereits ausgeschöpft seien. Die weiteren Fragen werde er nach erfolgter Erhebung der Verwaltung beantworten.

TOP 16.6 Anfrage 6

Bürgermeister Schäfer erteilt auf Anfrage des StV Schöffmann, ob das Interessenbekundungsverfahren für die Breitbandversorgung alle Stadtteile betreffe, Auskunft zum Verfahrensstand.

Der Vorsitzende

Schriftführer/in

Jakob Ernst Kandel
Stadtverordnetenvorsteher

Carsten Nowak

Anlagen

Ausschnitte angefertigt am: Kopiert und verteilt am: Festgestellt am:
